

## SOZIALES

## SoVD-Landesverband fordert Aktionsprogramm zur inklusiven Bildung

## „Jetzt wollen wir endlich Taten sehen“



Ernst-Bernhard Jaensch und Ina Korter wiesen bei der Pressekonferenz auf die Wichtigkeit eines Aktionsprogrammes hin.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. hat in einer Pressekonferenz im Niedersächsischen Landtag die Landesregierung zum sofortigen Handeln bei der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern aufgefordert.

„Seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention sind die Bundesländer verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. In Niedersachsen liegt die Umsetzung allerdings auf Eis“, sagte Ernst-Bernhard Jaensch, schulpolitischer Sprecher des SoVD. „Ein Gesetzentwurf der Grünen-Landtagsfraktion dazu

existiert seit Mai 2009, die Landesregierung hat bisher außer mit einer Anhörung nicht weiter reagiert oder gar einen eigenen Entwurf vorgelegt. Das hält der SoVD für untragbar“, ergänzte Jaensch. Nach dem „SoVD-Bildungsbarometer Inklusion“ besuchen in Niedersachsen lediglich 4,7 Prozent aller Kinder mit Behinderung eine Regelschule. Damit ist das Land bundesweites Schlusslicht. „Wir brauchen schleunigst ein Aktionsprogramm der Landesregierung, in dem die Schritte und der Zeitplan zur Umsetzung der inklusiven Bildung formuliert werden“, führte der schulpolitische

Sprecher des SoVD-Landesverbandes aus. Dazu müsse auch das niedersächsische Schulgesetz geändert werden, damit unter anderem der Vorrang einer gemeinsamen Beschulung, aber auch ein Wahlrecht der Eltern festgeschrieben werden. „Es geht längst nicht mehr um die Frage, ob die inklusive Bildung in Niedersachsen umgesetzt wird. Es geht darum, wie und wann das passiert. Jetzt wollen wir im Interesse der Menschen mit Behinderung endlich Taten sehen“, betonte Jaensch.

In diesem Zusammenhang forderte auch Ina Korter, schulpolitische Sprecherin der niedersächsischen Grünen, ein verbindliches Aktionsprogramm umzusetzen. Dabei wies Korter auch auf das Rechtsgutachten des Mannheimer Völkerrechtlers Professor Eibe Riedel hin, das im Auftrag des SoVD angefertigt wurde. Daraus geht hervor, dass Eltern vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention einen Rechtsanspruch auf die gemeinsame Beschulung haben.

Die Medien berichteten ausführlich über die Forderungen, darunter der NDR, Radio Bremen, lokaler Rundfunk, Hanoversche Allgmeine und Neue Presse, Weser Kurier sowie weitere Zeitungen und Nachrichtenagenturen.

## Diskussion im Sozialpolitischen Ausschuss

## Veränderungen notwendig



Edda Schliepack (Vorsitzende des Ausschusses), Meike Janßen (Abteilungsleiterin Sozialpolitik im Landesverband) diskutierten mit Elke Lengert (v.l.n.r.) das inklusive Bildungssystem.

Die inklusive Bildung ist ein Schwerpunktthema der Arbeit des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. im Jahr 2010. Dabei steht auch der Austausch mit der niedersächsischen Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben - Gemeinsam lernen“ im Vordergrund.

Um das Thema weiter zu vertiefen, diskutierten die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des Landesverbandes Wege und Möglichkeiten, die inklusive Bildung in Niedersachsen voranzutreiben. Grundlage dafür bildete der Vortrag von Elke Lengert von „Gemeinsam leben - Gemein-

sam lernen“. Darin machte Lengert deutlich, dass es insbesondere institutioneller Veränderungen bedarf, um eine gemeinsame Schule für behinderte und nicht behinderte Kinder auf den Weg zu bringen. Neben der Umstrukturierung des Schulsystems sei eine Anpassung der personellen, materiellen und räumlichen Bedingungen notwendig. Außerdem müsse es eine Veränderung in der Lehrerbildung geben.

Im SPA wurde dabei deutlich, dass es in Niedersachsen seitens der Landesregierung einen Aktionsplan mit einem Stufen- und Zeitplan zur Umgestaltung des Schulsystems geben müsse.

## Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr

## „Auf Versäumnisse hinweisen“



Für mobilitätseingeschränkte Menschen ist es oft schwierig, den öffentlichen Nahverkehr in Niedersachsen zu nutzen.

Menschen mit Behinderung haben es oftmals schwer an niedersächsischen Bahnhöfen. Manchmal gibt es keinen Aufzug für Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer, um an den Bahnsteig zu gelangen oder keinen Behindertenparkplatz.

Das „Nahverkehrsbündnis Niedersachsen“, zu dem auch der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. gehört, hat sich zum Ziel gesetzt, den öffentlichen Nahverkehr zu erhalten und auszubauen. Dazu gehört es auch, eine entsprechende Infrastruktur bereitzustellen und barrierefrei zu gestalten.

Vor einigen Jahren hat es im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs in Niedersachsen drastische Kürzungen gegeben, die das Land ausgleichen sollte, was jedoch nur teilweise umgesetzt wurde. „Vielmehr finanziert das Land auch den Schülerverkehr

aus den Mitteln des Bundes - was praktisch eine Zweckentfremdung darstellt“, kritisiert Bernd Skoda, SoVD-Fachberater für barrierefreies Bauen. In vielen Stellen zeigten sich die Auswirkungen der fehlenden Mittel. Vermehrt käme es zu Zugstreichungen und Ausdünnung von Verkehrslinien. Wichtig sei es nun zu erfahren, welche niedersächsischen Bahnhöfe für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, schwer oder gar nicht zu erreichen sind. „Wir hoffen, dass uns die SoVD-Mitglieder auf entsprechende Versäumnisse hinweisen, so dass wir mit dem Bündnis aktiv werden können“, sagt Skoda weiter. Betroffene können sich dazu an den SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. wenden (Tel.: 0511/70148-13 oder per E-Mail: sozialpolitik@sovd-nds.de).

## Die Serie im Niedersachsen-Echo: SoVD-Mitglieder im Landtag

## Ganze Familie Tiemann ist im SoVD

Petra Tiemann aus Kutenholz im Landkreis Stade ist seit der Wahl 2008 Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Die 51-jährige medizinisch-technische Assistentin vertritt die SPD-Fraktion unter anderem im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

Was halten Sie von der derzeitigen Debatte um Hartz IV?

Ich halte es für gut, ein System regelmäßig zu überprüfen und zu überdenken, da es nicht für die Ewigkeit ist. Doch insbesondere die Regelsätze für Kinder sind einfach nicht ausreichend. Wenn man sieht, welche Ausgaben für den eigenen Nachwuchs notwendig sind, braucht man dafür auch kein großer Rechenkünstler zu sein.

Was sagen Sie zu den Äußerungen von Herrn Westerwelle über die Hartz-IV-Empfänger?

Enttäuscht bin ich nicht, weil ich ihm so etwas zugetraut habe. Es entspricht auch der Mentalität dieser Partei. Wenn sich ein Minister so über bedürftige Menschen äußert, halte ich das für diffamierend und nicht tragbar. Man muss schon sehr an sich halten, um nicht genauso böse zurückzuschlagen.

Seit Ende 2007 sind Sie Mitglied im SoVD, wie kam es dazu?

Meine Großeltern kamen aus Litauen in den Landkreis Stade und waren natürlich Mitglied im Reichsbund. Der damalige Sozialberater hat meiner Familie immer wieder geholfen. Und unser Ortsvorsitzender in Kutenholz, Helmut Naß, kennt mich schon seit meiner Geburt. Als ich später meine politische Arbeit verstärkt habe, hat er wieder einmal an meiner Tür geklopft. Ich hatte schon öfter mit dem Gedanken gespielt, in den SoVD einzutreten, und dann haben wir es auch gemacht. Jetzt ist meine ganze Familie Mitglied. Für was steht der SoVD Ihrer An-



Petra Tiemann beim Interview im Niedersächsischen Landtag.

sicht nach heute vor allem?

Was der SoVD für den geringen Beitrag bietet, das ist immens. Einerseits gibt es den gesellschaftliche Teil, wo man sich einander kümmert und viel unternimmt. Andererseits gibt es die Beratung, die den Menschen hilft, sich im Dschungel der Vorschriften zurechtzufinden. Und diese Teile zusammen mit der politischen Arbeit sind einfach sehr wichtig.

Wie schätzen Sie die Arbeit des SoVD auf Landesebene ein, wo gibt es Berührungspunkte?

Durch meine Arbeit im Landtag stehen wir häufig im Kontakt miteinander. Auch im SPD-Arbeitskreis sprechen wir regelmäßig mit dem SoVD-Landesvorstand. Wenn wir im sozialen Bereich Entschließungsanträge

oder Gesetzesentwürfe erarbeiten, gehören zudem die Anhörungen zum Verfahren. Dabei dürfen wir vorschlagen, welche Organisationen schriftlich oder mündlich angehört werden. Und dabei gehört für uns der SoVD selbstverständlich dazu, weil er uns fachkundig berät. Diese Beratungsfunktion ist ganz wichtig, auch für den Austausch miteinander. Der SoVD schafft es einfach immer wieder, mit uns im Dialog zu bleiben.

Was halten Sie von der Sozialpolitik des Landes?

In Niedersachsen gibt es viel zu tun, zum Beispiel im Bereich der Pflege. Die Landesregierung handelt jedoch bruchstückhaft und nur dann, wenn es akut wird. Es gibt keinen Plan dahinter. Das muss endlich aufhören.

## Impressum

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.  
Herschelstr. 31, 30159 Hannover  
Tel.: (0511) 70 148 0  
Fax: (0511) 70 148 70  
www.sovd-nds.de  
E-Mail: presse@sovd-nds.de

## Redaktion:

Stefanie Jäkel  
Tel.: (0511) 70 148 54  
Christian Hoffmann (Leitung)  
Tel.: (0511) 70 148 69

## Bildbearbeitung und Grafik:

Barbara Dräger  
Tel.: (0511) 70 148 38

## Vertrieb und Druck:

Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.